

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 178 Jahrgang 212

Abend-Ausgabe Anzeigenpreis: siehe Inseraten

Montag, 14. April

Bezugspreis: für Halle und Domäne monatlich M. 1,25, vierteljährlich M. 3,75, von Bonn durch die Post monatlich M. 1,24, vierteljährlich M. 3,69, abg. Postgeb.

Redaktions-Büro: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, Postfach 20512.

Keine Verhandlung über das Saargebiet!

Der Standpunkt der deutschen Regierung.
(Von unserem h. Sonderberichterstatter.)
Paris, 14. April.
Das Radnetz wird nach im Laufe dieser Woche sich in mehrere Sitzungen mit der Friedensfrage beschäftigen, die die Einigung der deutschen Friedensdelegation nach Versailles unannehmbar bevorsteht. Wie die Telegramm-Kommunikation erfüllt, werden zu diesen Sitzungen auch die Vertreter der Ratifizierungsdelegation hinzugezogen werden. In der Reichsregierung ist man der Ansicht, daß der Vertrag nicht im Laufe des April abgeschlossen wird.
Wie die Telegramm-Kommunikation von gütlicher Seite ergeht, hält die deutsche Reichsregierung an dem Grundsatz fest, daß sie auf der Friedenskonferenz nur in einerlei Abstufungen über die künftige Staatsangehörigkeit des Saargebietes einlassen will. Falls die Entente den Vorschlag machen sollte, das Saargebiet auf dem Wege einer allgemeinen Volksabstimmung aus dem Reich zu trennen, so würde die deutsche Friedensdelegation dieses Vorschlag mit Entschiedenheit ablehnen, da keinerlei Voraussetzungen hierfür vorzuliegen. Ein solcher Standpunkt wird verteidigt.

Clemenceau und die Sozialisten

Paris, 13. April. (Sonder.)
Ministerpräsident Clemenceau hat heute eine Beratung der sozialistischen radikalen Gruppe empfangen, als deren Vorsitzender René Renauxt amtiert. Die große Bedeutung die Gruppe einer radikalen und soliden Organisation des Arbeiterbundes in dem Sinne beilege, hat häufig jede Gefährdung der Sicherheit und Unabhängigkeit der Arbeiter verhindert. Ebenso bringen derartige Maßnahmen die Gruppe selbst in Gefahr. Clemenceau selbst in seiner Antwort seine volle Unterstützung zu versichern. Er sagte ferner, daß zu seiner Freude die Frage der Wiederherstellung am 11. April durch die Minister auf der von Renauxt angegebenen Verhandlung steht, ebenso die Frage des Saargebietes. Nach der Unterredung gab die Abordnung ihrer Zustimmung über Clemenceaus Entwürfen und in die einzigen Fragen bevorstehende Veröffentlichung der Konferenzberichte Ausdruck. Bis dahin allerdings könne die Regierung der Kammer keine Zustimmung geben.
Lorenz erklärt, daß diese Meldung den Tatsachen entspricht, daß Clemenceau durch die Gewinnung des radikalen Sozialistenführers einen großen innerpolitischen Erfolg erzielt. Die radikalen Sozialisten, die eine unparteiische, unabhängige, doppelte Rolle spielen, werden die Politik Clemenceaus gefährlich zu machen. Man darf sich den Hoffnungen, daß diese Exposition befristet ist, wenigstens für den Augenblick. Das es für immer kein wird, muß die Zeit lehren. Denn während den Anfängen der radikalen Sozialisten und Clemenceaus über den Frieden bestanden grundlegende Unterschiede. Da sich schwer denken läßt, daß Clemenceau von seiner alten Gewalttätigkeit abgewichen sein kann, bleibt nur der Schluss, daß es ihm gelungen ist, die Sozialisten von der „Notwendigkeit“ eines Deutschland aufzuerbauenden Sozialfriedens zu überzeugen. Somit habe Clemenceau sich wieder einmal als der Stärkere und der gewalttätigere Führer in Frankreich erwiesen.

Neutrale Anleihe für Deutschland

(Von unserem h. Sonderberichterstatter.)
Amsterdam, 14. April.
Nach einer Meldung aus London befindet sich eine der besten holländischen Finanzmänner, van Zijnen, in Paris, um wegen einer Anleihe von 200 Millionen Franc zu verhandeln, die zur Unterstützung der finanziellen Lage Deutschlands dienen soll.

Blutige Kämpfe in Amberg

Amberg, 14. April.
Nach einer Meldung der „Amberger Volkszeitung“ kam es in Amberg zu größeren blutigen Kämpfen zwischen Kommunisten und anderen Sozialisten. Ein Soldat und drei Sozialisten wurden getötet. Aus Regensburg wurde mittels Auto militärische Hilfe herbeigeholt, die die Ruhe wieder herstellte.

Unterwerfung der bairischen Kommunisten

München, 14. April.
(Von unserem h. Sonderberichterstatter.)
In Würzburg haben sich die Sozialisten und Kommunisten dem Generalkommando gegenüber schriftlich unterworfen, daß sie nichts mehr gegen das Ministerium Hoffmann unternehmen würden. Auch in Schweinfurt und Nürnberg haben sich die Kommunisten unterworfen.
In Bamberg trafen Sozialisten ein, wonach die Angehörigen der Ministerregierung in München um die Nacht rufen. Es kam zu schweren Straßenkämpfen. Die Kommunisten

Abend-Ausgabe

Montag, 14. April

Der Ruhrstreik vor dem Ende

(Von unserem h. Sonderberichterstatter.)
Berlin, 14. April.
Wie der „B. S.“ am Montag mitgeteilt wird, hat sich die Lage im Ruhrgebiet heute morgen erheblich gebessert, der Streik geht seinem Ende entgegen. Nach den gestern eingegangenen Meldungen wird damit gerechnet, daß heute der größte Teil der Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen wird.
Eisen (Ruhr), 14. April.
Friedr. Krupp, Völkingsfeldschloß, teilt uns mit, daß der Streik bei der Firma erloschen ist.
Wohlm, 14. April.
Der Streik im Bodumer Bezirk ist im Abflauen begriffen.

Generalfreier der Berliner Angestellten

(Von unserem h. Sonderberichterstatter.)
Berlin, 14. April.
Die Gefahr eines Generalfreies der Angestellten Groß-Berlins ist heute akut geworden. Die Generalfreier der Angestellten in der Metallindustrie rufen einen Aufruf an alle Angestellten Groß-Berlins, in den Kampf um das Mitspracherecht einzutreten, und zu diesem Zweck die Arbeit nieder zu legen, bis das Mitspracherecht gewährt wird.

Soldatenstreik in Stettin

Stettin, 14. April.
Hier ist ein Soldatenstreik ausgedrungen. Soldaten des Arbeitsbataillons der bayerischen Garnison sind wegen der Forderung an die Regierung Hoffmann dringend der Verbesserung ihrer Lage in den Kampf getreten. Die Streikenden haben eine Überdrehung am das Kriegsministerium nach Berlin entfacht.

Die hilflosen Kommunisten

Amberg, 14. April.
Hier benötigen die kommunistischen Stadträte kurz vor der Hebung an die Regierung Hoffmann dringend der Verbesserung ihrer Lage in den Kampf getreten. Die Streikenden haben eine Überdrehung am das Kriegsministerium nach Berlin entfacht.

In München regiert die Garnison

München, 14. April.
Die bayerische Garnison hat gestern in den ersten Morgenstunden eine Revolution in München abgeschlossen, in der es heißt:
Die gesamte Garnison von München in Verbindung mit den in der Stadt und Teile des Polizeisorgens bayerischen Polizeibehörden hat heute Nacht den Zentralrat für die bayerischen Arbeiter werden die A. und S. Räte zuerst Stellungnahme zur alten sozialistischen Regierung verweigert. Arbeiter und Soldaten! Entschloß in der Form (1) Agitatoren, die nur ihre eigenständige Politik verfolgen, haben unter Vorbehaltung der vollständigen Einigung des Polizeisorgens ihre selbständigen Zwecke verfolgt. Heute wie Lipp und Wagner hat man neuer Gesichtspunkte erreicht. Heute steht die Garnison, die nur ihre eigenständige Politik verfolgen, haben unter Vorbehaltung der vollständigen Einigung des Polizeisorgens ihre selbständigen Zwecke verfolgt. Heute wie Lipp und Wagner hat man neuer Gesichtspunkte erreicht. Heute steht die Garnison, die nur ihre eigenständige Politik verfolgen, haben unter Vorbehaltung der vollständigen Einigung des Polizeisorgens ihre selbständigen Zwecke verfolgt.

Dolksabstimmung in Baden

Karlsruhe, 14. April.
Bei der gestrigen Volksabstimmung wurde die Bevölkerung mit 85800 gegen 30000 Stimmen angenommen für die Fortsetzung der Nationalversammlung als

Kriegsgefangenen-Unruhen in Wien

Wien, 14. April.
In zwei hundertfünfzig Kommunisten-Versammlungen, in denen sehr viele Anrunder erschienen waren, wurde berichtet, daß dem Zentralrat für Österreich wegen der Forderungen der ehemaligen Kriegsgefangenen ein Ultimatum bis Donnerstag gestellt worden sei. Ein Zug von Verarmten, die den Zentralrat für Österreich für den Mann und Dämpfung aller Kriegsverbrechen für die Kriegsgefangenen fordern. Doch war Dr. Deutsch nicht anwesend und die Menge zerstreute sich darauf.

Die Wahlen zum neuen Zentralrat

Berlin, 14. April.
Vor Beginn der heutigen Sitzung des Rates-Ausschusses traten die einzelnen Fraktionen zu Beratungen zusammen über die Wahl zum neuen Zentralrat, welche heute erfolgen muß. Die Beratungen dauern zur Stunde fort, es haben bisher noch kein Ergebnis gezeigt. Die Reichssozialisten verlangen im Antragstext der großen Anzahl ihrer Delegierten eine härtere Berührung im Zentralrat. Die Beratungen über das Verhältnis der Delegierten im Zentralrat dauern noch fort. Einverständnis herrscht in den sozialistischen Parteien darüber, den Zentralrat und die Sozialisten in einem Wahl im Zentralrat einzumünden. Ferner ist zu beachten, daß die Demokraten, Reichssozialisten und Unabhängigen gemeinschaftlich eine Resolution vorlegen werden, die die Regierung auffordert, das Material über die Vorgeschichte des Krieges sofort zu veröffentlichen.

Belagerungszustand über ganz Sachsen

Dresden, 14. April.
Der Gesamtministerium hat Sonntag nachmittag den Belagerungszustand über ganz Sachsen verkündet. Zum Oberbefehlshaber der Truppen ist der bisherige Beauftragte des A. und S. Rates beim Kriegsministerium Kirchoff ernannt worden. Dieser wird gelten nachmittag eine Befehlsmeldung, nach der das Eisenrecht verhängt ist.
Infolge des Belagerungszustandes hat sich heute die Lage soweit gebessert, daß überall verhältnismäßige Ruhe eintrat. In, jedoch durchwegs vorwiegend noch keine Gruppen von Demonstranten die Stadt und umwohnenden einzeln an der Frontlinie. Die für heute anberaumte kommunistische Versammlung verpuffte völlig.
Im Lande haben in den letzten Tagen an verschiedenen Orten Kundgebungen gegen die Lebensmittelsteuer stattgefunden, doch hat sich nach der Lage weitlich gebessert. Im Südwesten des Landes herrscht in der Provinz ein Zustand der Ruhe. In der Provinz sind die Arbeiter gegen die Fortsetzung des Streiks erklärt. Wie weiter mitteilt wird, wurden Arbeiter in Dresden vier Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, an der Ermordung Meunings beteiligt gewesen zu sein.

Deutsche Jugend und Politik

Jena, 14. April.
Der 19. April 1919. Die erste Tagung des Reichsdeutschen Arbeiterbundes hat am 19. April in Jena stattgefunden. Die Tagung wurde von der Reichsdeutschen Jugendbünde, darunter Vertreter Oesterreichs und der Schweiz, mit zusammengekommen, um über die Zukunft der deutschen Bewegung zu beraten. Nach einer Begrüßungsfeier am Abend des 11. April in der Aula der Universität begannen die Verhandlungen. Der Vormittag des 12. April begann mit einer Rede über das Ergebnis des Krieges und der Revolution. In der Rede wurde die politische Lage der Nation im Spiegel des Krieges gedeutet. Der Sonntag war einer gründlichen Besprechung über die deutsche Jugend und Politik gewidmet. Hier wurde aufgeführt, daß man über die bestehende Stellungnahme der einzelnen Reichsdeutschen und dem Erlebnis der Gemeinschaft läme. Eine endgültige Lösung wurde jedoch in der Stellungnahme der Reichsdeutschen Jugend zur Politik noch nicht gefunden. Am Verlauf der bisherigen Tagung wurde ein Telegramm an den Reichsminister des Innern geschickt, in dem die sofortige Aufhebung des Kriegsrechts (1) ins Ministerium gefordert wurde. Ministerliche Vorbereitungen begleiteten die Tagung. Neben Sitzungen aller und neuer Verhandlungen werden ein historisches Spiel und ein Kammermusik-Konzert des Leipziger Gewandhaus-Orchesters die Tagung bereichern. Umrahmt wurde die Tagung durch ein U. a. an der Teilnahme der Tagung ein Teilnehmer in der Stadt.

